

Presseinformation

Sicherer Weg in die Überschuldung

Aktionswoche: Steigende Mieten vor allem für Schuldner problematisch/Caritas fordert realistischere Grenzen für Miet- und Heizkosten

Münster (cpm). Die steigende Mietbelastung wird gerade für ohnehin verschuldete Menschen zu einem Problem mit der Gefahr, die Wohnung zu verlieren. Unter dem Titel "Albtraum Miete" fordert die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung in der am 3. Juni beginnenden Aktionswoche unter anderem realistischere Grenzen für die Übernahme der Miet- und Heizkosten durch die Jobcenter. Gerade für Bezieher von Hartz IV werde es zunehmend schwieriger, wenn sie von den knappen Regelsätzen noch Wohnkosten aufwenden müssten, erklärt Ute Cappenberg vom Diözesancaritasverband Münster: "Das ist ein sicherer Weg in die Überschuldung".

Längst gerieten allerdings nicht nur Hartz-IV-Empfänger in Notlagen. Für viele Menschen mit Schulden werde die Miete zunehmend zum Albtraum. Unter dem großen Druck der Gläubiger entschieden sich manche, lieber Raten zu zahlen. Wenn dann kein Geld für den Vermieter übrig bleibe, drohe die Kündigung. Dass Jobcenter oder Sozialämter Mietschulden übernehmen könnten, "ist vielen nicht bekannt", sagt Cappenberg. Hier können die Schuldnerberatungsstellen der Caritas Hilfestellung geben. Hilfreich wäre es, wenn die Übernahme der Mietschulden möglichst unbürokratisch abgewickelt werde. "Zur Vermeidung von Mietschulden sollte auch die Möglichkeit von Direktzahlungen an den Vermieter verstärkt genutzt werden", empfiehlt Ute Cappenberg.

Die Forderungen gehen in der Aktionswoche an verschiedene Akteure. Neben realistischen anerkennungsfähigen Kosten für die Unterkunft, "sollte die Schufa Überschuldete im Insolvenzverfahren nicht mit einer schlechteren Benotung bestrafen", erklärt die Caritas-Referentin. Das Verfahren sei eine Form der Schuldenregulierung und damit nichts Negatives. Zudem müsse sich die Schufa bei Auskünften an Vermieter auf Miet- und ähnliche Schulden beschränken.

Denn eine Wohnung zu finden sei schwierig, wenn die Vermieter sich durch die häufig vorzulegende Schufa-Auskunft von Schulden aus Einkäufen oder Telefongebühren abschrecken ließen. Hier dürfe es keine Stigmatisierung geben, fordert Cappenberg.

038-2019 (hgw)

31. Mai 2019